

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

125. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 22. September 2004

Tagesordnungspunkt 1:

Befragung der Bundesregierung: **Jahresbericht 2004 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit**

11387 B

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister

BMVBW

11387 B

Klaus Brähmig (CDU/CSU)

11388 C

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister

BMVBW

11388 D

Joachim Günther (Plauen) (FDP)

11389 A

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister

BMVBW

11389 A

Markus Meckel (SPD)

11389 D

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister

BMVBW

11389 D

Werner Kuhn (Zingst) (CDU/CSU)

11390 B

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister

BMVBW

11390 C

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos)

11391 A

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister

BMVBW

11391 A

Henry Nitzsche (CDU/CSU)

11391 C

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister

BMVBW

11391 C

Jürgen Türk (FDP)

11392 A

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister
BMVBW
11392 A

Michael Kretschmer (CDU/CSU)
11392 B

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister
BMVBW
11392 C

Petra Pau (fraktionslos)
11393 B

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister
BMVBW
11393 B

Siegfried Scheffler (SPD)
11393 D

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister
BMVBW
11394 A

Volkmar Uwe Vogel (CDU/CSU)
11394 B

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister
BMVBW
11394 C

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle herzlich und wünsche uns gute und konstruktive Beratungen. Ich bitte um Nachsicht, dass wir nicht ganz pünktlich beginnen konnten: Wie bekannt ist, beginnen wir die Tagesordnung am Mittwochmittag grundsätzlich mit der Befragung der Bundesregierung, der für die Berichterstattung vorgesehene Minister konnte aber nicht rechtzeitig hier sein. Wir freuen uns, dass Sie jetzt hier sind, Herr Minister. Ich hatte in der Zwischenzeit schon einmal informell mit einem gewissen Hauch von Fröhlichkeit verkündet, dass der Verkehrsminister Probleme mit der Bewältigung des innerstädtischen Verkehrs habe. Das trifft den Sachverhalt aber nicht ganz präzise: Vielleicht machen Sie bei künftigen ähnlichen Gelegenheiten darauf aufmerksam, dass der legitime Informations- und Fragebedarf der deutschen Presse sicher keinen Vorrang vor dem des Deutschen Bundestages hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt: **Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2004.**

Das Wort für den einleitenden fünfminütigen Bericht hat der Bundesminister Manfred Stolpe. Wir verfahren dann nach den üblichen, bekannten Regelungen. Die Zeiten laufen also selbstverständlich ab jetzt netto mit den sich daraus ergebenden kleineren Verschiebungen für die Fragestunde. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Präsident! Es ist unentschuldig. Wer mich ein wenig kennt, weiß, dass ich eine starke Neigung zur Pünktlichkeit habe. Es tut mir außerordentlich Leid, dass es heute schief gegangen ist. Ich weiß gar nicht, wie ich das wieder gutmachen kann. Vielleicht kann ich das, indem ich jetzt nicht allzu viel sage, sondern Ihnen mehr Gelegenheit gebe, Fragen zu stellen.

Sie erleben es jedes Jahr, dass ein Bericht zum Stand der deutschen Einheit abgegeben wird. Bei Vorlage des Berichts 2004 ist nun jedoch eine etwas veränderte Situation gegeben, weil der Aufbau Ost in den letzten Monaten besondere Diskussionen ausgelöst hat. Insofern ist das, was jetzt vor sich geht, alles andere als Routine.

Ich will nur andeuten, dass wir uns auch aufgrund gewisser Entwicklungen bei den Landtagswahlen am letzten Wochenende durch den rechten Rand der Gesellschaft sehr stark herausgefordert fühlen, besonders für junge Menschen etwas zu tun. Wir haben heute im Kabinett noch einmal bestätigt, dass das schnelle Angebot

von Arbeits-, Ausbildungs- und Praktikumsgelegenheiten für Jugendliche eine Möglichkeit ist, um solchen Entwicklungen entgegenzutreten.

Wir haben in den letzten Wochen sehr häufig eine Diskussion darüber geführt, ob nicht Geld in Riesenmengen einigermaßen unsinnig und ohne große Effekte Richtung Ostdeutschland geschafft wird. Vor wenigen Tagen wurde noch einmal die Summe – 1,5 Billionen Euro – genannt. Wir können nur mühsam immer wieder darauf aufmerksam machen, dass man hier nicht einfach nur die Beträge zusammenzählen darf – schon gar nicht die Brutto-zahlen –, die auf der Grundlage der deutschen Rechtseinheit und der Wahrnehmung gesamtstaatlicher Verantwortung bewegt werden, ohne dabei zum Beispiel zu berücksichtigen, welche Verteidigungsausgaben, welche Zahlungen im Rahmen des BAföGs, welche Vergütung für die öffentlichen Bediensteten und welche Zahlungen für die Rentenversicherung geleistet werden müssen.

Wir haben sehr genau hingeschaut und nicht heruntergerechnet. Bei den Mitteln, die ganz speziell für Sonderherausforderungen in Ostdeutschland eingesetzt wurden, kommen wir auf nicht mehr als 250 Milliarden Euro seit 1990. Insofern stellt die Zahl, die durch den Solidarpakt II für den Zeitraum von 2005 bis 2019 vorgegeben wird – es sind 156 Milliarden Euro –, eine einigermaßen realistische und ausreichende Finanzierungsmöglichkeit dar.

Im Laufe der letzten Monate haben wir es geschafft, dass die Wissenschaft, die Medien und die Politik in Deutschland mit unserer Einschätzung übereinstimmen, dass es eine wachsende Differenzierung im Osten gibt. Diese hat sich in den letzten Jahrzehnten auch im Westen abgezeichnet. Es gibt eben starke und schwächere Regionen. Dies ist auch im Osten Deutschlands deutlich erkennbar. Es gibt Regionen, die sich sehr gut entwickeln und die sich bereits jetzt voll mit vielen westlichen Regionen Deutschlands vergleichen können. Daneben gibt es aber auch eine Vielzahl von Regionen mit einer hohen Arbeitslosigkeit und entsprechenden Problemen. Dort gibt es die Sorge, wie lang diese Arbeitslosigkeit noch bestehen bleibt. Zugleich sorgt man sich dort um die Abwanderung vieler Menschen.

Wir haben darauf reagiert. Anfang dieses Jahres haben die vier Förderministerien – Wirtschaft und Arbeit, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und Verkehr, Bau- und Wohnungswesen – die Vereinbarung getroffen, den Ländern Angebote darüber zu unterbreiten, wie gezielte und kompakte Förderungen vorgenommen werden können. Die Länder haben positiv darauf reagiert. Dieses Vorhaben wurde bisher jedoch nicht beschleunigt, weil diverse Wahlkampftermine, die sich über den Sommer hinzogen, natürlich Hemmfaktoren für Verabredungen waren.

Wir haben Arbeitsgruppen gebildet und rechnen damit, dass wir Anfang nächsten Jahres Schwerpunkte vereinbaren können. Diese müssen nach meiner Auffassung immer zwei Zielrichtungen haben: Zum einen muss man sich darauf verständigen, wo es Wachstumskerne und Wachstumsbranchen gibt, die man ganz gezielt unterstützen kann. Zum anderen stellt sich die Frage, welche Chancen in den schwächeren Regionen vorhanden sind. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wenn man sich mit den Akteuren vor Ort verständigt und auch die Möglichkeiten nutzt, die die Länder haben, um die Potenziale in den Regionen zu fördern, dann kann man dort eine ganze Menge Positives erreichen.

Im Bericht selber haben wir eine nüchterne Beschreibung des Entwicklungsstandes vorgenommen. Die einzelnen Ressorts haben uns berichtet, was sich im Einzelnen entwickelt hat. Wir sind sogar schon kritisiert worden, dass wir viel zu wenig herausstellen, was sich im Laufe des letzten Jahres an Erfolgen eingestellt hat. Ich sage das vor Ihnen, meine Damen und Herren, im Wissen darum, dass wir hier keine Jubelveranstaltung durchführen, sondern wir müssen uns sehr nüchtern darüber Gedanken machen, wo wir noch etwas tun können. Aber in dieser Debatte, die wir alle führen müssen, ist es wichtig, zu wissen, was sich in den einzelnen Regionen quer durch den ganzen Osten bewegt hat. Die Industrie entwickelt sich erfolgreich. Gleiches gilt für die Landwirtschaft und den Tourismus, dessen wirtschaftliche Bedeutung man nicht unterschätzen soll; das können wir im Einzelnen belegen. Die Anlage zum Bericht werden wir Ihnen zur Verfügung stellen.

Herr Präsident, der langen Rede kurzer Sinn: Wir haben noch viel zu tun. Wir werden in den verschiedenen Regionen unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Das heißt, wir werden die starken Regionen noch mehr stärken und in den schwächeren Regionen die Potenziale wecken. Wenn wir hier gemeinsam vorgehen, werden wir etwas bewegen können. Die Mittel, die uns im Solidarpakt zur Verfügung stehen, werden – das ist meine feste Überzeugung – trotz der degressiven Entwicklung ausreichen. Entscheidend ist, dass Bund, Länder und auch die Kommunen gemeinsam die Schwerpunkte setzen, mit denen wir weiter vorankommen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Vielen Dank, Herr Minister.

Es gibt bereits eine Reihe von Wortmeldungen zum vorgetragenen Bericht. Als Erster hat der Kollege Brähmig das Wort.

Klaus Brähmig (CDU/CSU):

Herr Bundesminister Stolpe, Sie sprachen den Tourismus zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen als Wachstumsbranche der neuen Bundesländer an. Der Anteil der ausländischen Gäste beläuft sich in den neuen Ländern auf 4 bis 6 Prozent, in den alten Bundesländern auf 12 bis 16 Prozent. Ich nenne diese Zahlen deshalb, weil ein ausländischer Gast in Deutschland mehr Geld als ein deutscher Gast ausgibt.

Meine Frage an Sie: Werden Sie sich als Minister für die neuen Bundesländer bei Ihrem Kollegen für Wirtschaft dafür einsetzen, dass die Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus erhöht werden; denn dort werden die Gelder sehr intelligent, innovativ und nachhaltig eingesetzt, vor allem für die Märkte Osteuropas, Russlands und Chinas, zu denen die neuen Bundesländer traditionell gute Verbindungen haben?

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Präsident, Sie erlauben: Es ist in der Tat meine feste Überzeugung, dass wir im Tourismus noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben. Dort, wo es gelungen ist, die Potenziale zu wecken und gezielt an vorhandene Traditionen anzuknüpfen, haben wir erstaunliche Erfolge vorzuweisen. Das große Musterbeispiel ist die positive Entwicklung der Ostseeküste. Es gibt aber auch Beispiele dafür, wo etwas aus dem Nichts heraus entstanden ist. Sie haben vielleicht von Fläming-Skate mit einer inzwischen 160 Kilometer langen Skaterbahn gehört. Das ist eine beachtliche Entwicklung.

Sie haben gefragt, was man tun könnte, um die Deutsche Zentrale für Tourismus zu unterstützen. Ich will mich gerne nach den genauen Einzelheiten erkundigen. Wo immer etwas Sinnvolles getan werden kann, werden wir das voranbringen. Vom Kollegen Clement und seinem Haus weiß ich, dass sie die Bedeutung des Tourismus ebenfalls hoch einschätzen und gerne bereit sind, sich dafür zu engagieren. Ich hoffe, dass es dann nicht nur bei den Reden bleibt, sondern dass Sie bei der nächsten Gelegenheit erfahren können, dass sich etwas getan hat.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Günther.

Joachim Günther (Plauen) (FDP):

Herr Minister, Sie haben dargelegt, dass Sie Zuarbeit aus vielen Bereichen hatten. Ich möchte beim Bereich Verkehr und Bau bleiben. Wir haben Sie im Ausschuss darauf aufmerksam gemacht, dass durch die EU-Osterweiterung vor allem die Verbindungen nach Osteuropa unter einer starken Zusatzbelastung leiden. Nach wie vor sind das Erzgebirge, die Lausitz und weitere Gebiete durch den zusätzlichen Verkehr inzwischen so stark belastet, dass die Bevölkerung teilweise sogar Straßensperrungen vornimmt.

In Ihrem Bericht steht lediglich, die EU-Osterweiterung werde durch 24 Projekte unterstützt. Wo konkret wird der Ausbau von Straßenverbindungen in Richtung Südosteuropa so zügig in Angriff genommen, dass es zu spürbaren Entlastungen kommt?

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Abgeordneter, wir haben zunächst einmal feststellen können, dass die Schätzungen, die von mehreren Fachleuten vorgenommen worden sind, im Wesentlichen zutreffen. So hat es nach dem 1. Mai keine explosionsartigen Entwicklungen gegeben und es ist kein erheblicher Aufwuchs in der Gesamtsumme erfolgt. Allerdings ist etwas eingetreten, was sich an einigen Punkten als sehr belastend auswirkt: Es hat nämlich Verlagerungen gegeben. In den letzten Jahren hatten beispielsweise LKW-Fahrer die Gewohnheit, auf die Strecken auszuweichen, auf denen sie nach menschlichem Ermessen am besten durchkamen. In der Nähe von Berlin führten solche Ausweichstrecken in Richtung Guben oder Küstrin. Diese Ausweichmöglichkeiten werden nicht mehr genutzt, vielmehr wird die nächst gelegene Strecke über Frankfurt/Oder befahren. Ähnliche Entwicklungen beobachten wir im Süden und Südosten des Landes.

Wir haben bei unseren Verkehrsplanungen an die Haupttrassen gedacht. Wir haben uns dabei sehr stark an den Transeuropäischen Netzen orientiert, weshalb wir zum Beispiel großen Wert darauf legen, dass es mit der Autobahn 17 zügig vorangeht. Das ist die Autobahn, die von Dresden nach Prag führt. Wir auf der deutschen Seite werden im Plan liegen, trotz des einen kleinen Handicaps, das wir erlebt haben und das darin bestand, dass in einem Tunnel bei Dresden unerwartet ein Brand auftrat und wir dadurch ungefähr sechs Monate Zeit verloren haben. Wir werden aber in wenigen Monaten eine deutliche Entlastung auf der Strecke bis zur Grenze erreichen können.

Wir wissen zugleich, dass das nicht ausreicht. Die Haupttrassen alleine schaffen es nicht, den Verkehr zu bewältigen. Wenn wir wollen, dass es zu einer breiten wirtschaftlichen Verflechtung kommt und sich auch der Tourismus in beide Richtungen gut entwickelt, dann brauchen wir zusätzliche Übergänge. Es gibt eine mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium verabredete Strategie der Schaffung weiterer Grenzübergänge. Darüber hinaus gibt es in unserem Haus das Konzept, bereits vorhandene Grenzübergänge zu erweitern. Einer davon ist Marienberg im Erzgebirge, andere sind im Südosten Sachsens in Angriff genommen worden. Wir

haben eine Straßenverbindung von Zittau nach Bogatynia und nach Böhmen ermöglicht. Wir sind jetzt dabei, mit allen Kräften dafür zu sorgen, dass die Anschlussstrecke zur Autobahn, die B 178, gestaltet werden kann.

In Marienberg haben wir gerade einen Rückschlag erlebt, weil die tschechische Seite verhaltener vorgeht. Ich werde in der nächsten Zeit Gelegenheit haben, mich mit meinem tschechischen Kollegen zu verständigen, ob wir das Projekt wollen oder nicht. Ich bin der Meinung, dass wir – auch vonseiten des Bundes, soweit es sich um Bundesfernstraßen handelt – die Möglichkeiten erschließen sollten, um eine Verbesserung des Regionalverkehrs – es wird mehr als nur Regionalverkehr sein, denn Karlsbad liegt gleich dahinter – zu erreichen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bitte um Nachsicht, dass ich im Augenblick keine unmittelbaren Zusatzfragen zulassen kann, weil es eine relativ große Zahl von Wortmeldungen gibt und wir mit Blick auf die anschließende Fragestunde die absehbaren Probleme nicht mutwillig selber vergrößern sollten.

Die nächste Frage stellt der Kollege Meckel, dann kommt Kollege Kuhn.

Markus Meckel (SPD):

Herr Minister, Sie haben mit Recht dargestellt, dass mit dem Solidarpaket II in den nächsten 15 Jahren erhebliche Mittel für den Aufbau Ost zur Verfügung gestellt werden. Über einen Teil dieser Mittel verfügt der Bund, über einen anderen Teil verfügen die Länder. Hat die Bundesregierung die Absicht, für die nächsten Jahre eine Konzeption zu entwickeln, in welcher Weise die Bundesmittel in diesem Bereich ausgegeben werden sollen?

Ich habe noch eine zweite Frage. Besteht die Absicht, mit den Ländern zu klaren Vereinbarungen über die Verwendung der von ihnen ausgegebenen Mittel zu kommen, damit die Mittel möglichst komplementär eingesetzt und Synergieeffekte genutzt werden?

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Abgeordneter, Sie sprechen in der Tat ein sehr spannendes Thema an. Der Solidarpaket II sieht die beachtliche Summe von 156 Milliarden Euro vor, die in zwei Körbe aufgeteilt sind. Korb I beinhaltet die Mittel, die den Ländern direkt zufließen. Dabei handelt es sich um 105 Milliarden Euro. Korb II enthält die 51 Milliarden Euro, die vonseiten des Bundes eingesetzt werden.

Zu Letzterem ist anzumerken, dass wir bereits für das Haushaltsjahr 2005 über 5 Milliarden Euro an verschiedenen Stellen des Haushalts eingesetzt haben. Wir setzen bewusst in den Anfangsjahren 2005 und – wenn es nach uns geht; wir werden das mit den Ländern absprechen – auch 2006 eine überdurchschnittlich hohe Summe ein.

Die mit den Ländern getroffene Vereinbarung, gemeinsam mit ihnen eine Förderkonzeption vorzubereiten, bezieht sich auf Korb II. Dabei geht es um die Fragen, in welchen Bereichen verstärkt Investitionsmittel einzusetzen sind und an welchen Stellen mit diesen Mitteln etwas bewegt werden kann.

Korb I ist auch insofern spannend, als in einer Juninacht des Jahres 2001, als über den Solidarpaket II verhandelt worden ist, nach meiner Überzeugung ein Fehler gemacht worden ist, indem man dem Drängen eines Landes – es war nicht Brandenburg – nachgab und den Ländern die Entscheidung über die Verwendung der Mittel überlassen hat. Die Vorgabe, dass diese Mittel zur Beseitigung von Infrastrukturdefiziten in erster Linie auf kommunaler Ebene bzw. für benachteiligte Regionen zu verwenden sind, besteht zwar, aber es handelt sich dabei eher um eine moralische Forderung; es ist keine rechtlich durchsetzbare Forderung.

Seit die Fortschrittsberichte vorgelegt werden, aus denen hervorgeht, wie die Mittel eingesetzt werden, ist eine Änderung in der öffentlichen Wahrnehmung zu beobachten. Im Vorjahr wurde der erste Fortschrittsbericht vorgelegt; in diesem Jahr folgt der nächste. Der erste Fortschrittsbericht hat sehr starke Extreme aufgezeigt. Ein Land hat gar keine Ausgaben im Bereich der kommunalen Infrastruktur getätigt. Ein anderes Land hat immerhin 80 bis 90 Prozent der Mittel für diesen Bereich eingesetzt. Ich hoffe, dass innerhalb der einzelnen Länder eine stärkere Annäherung an die Vorgabe des Solidarpakts I erfolgt. Die Verwendung der Mittel in diesem Bereich ist notwendig, um den schwachen Regionen auf die Beine zu helfen.

Uns ist es nur auf dem Wege der Gesetzgebung möglich, etwas zu ändern. Das würde bedeuten, den gesamten Solidarpaket II anzutasten. Ich setze zurzeit eher auf die Auswirkungen der Transparenz auf die öffentliche Meinung und hoffe, dass sich die Länder auch gerade beim Vollzug der anstehenden Reformmaßnahmen darauf einstellen werden, die Mittel verstärkt in den Bereichen einzusetzen, in denen sie benötigt werden.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das dauert wohl länger! Das ist sehr ausführlich!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Mit Blick auf die Rednerliste möchte ich mir die Anregung erlauben, dass ihre Abwicklung aussichtsreicher ist, wenn die Fragen und Antworten etwas knapper gefasst werden. Andernfalls werden die Fragen zwar ausführlicher beantwortet, aber es können insgesamt weniger Fragen beantwortet werden.

Jetzt hat der Kollege Kuhn das Wort zu einer Frage.

Werner Kuhn (Zingst) (CDU/CSU):

Herr Minister Stolpe, Sie teilen sicherlich meine Auffassung, dass die Verkehrsinfrastruktur eine der Grundvoraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung ist. Die Dienstleistungen sind bereits erwähnt worden. Ich meine aber, dass als wichtiger Punkt noch das produzierende Gewerbe, in dem schließlich die Wertschöpfung erfolgt, angesprochen werden muss. Das schlägt sich letztendlich in den Wachstumswahlen nieder.

Sie haben in Ihrem Bericht dargelegt, dass das Wachstum zwischen 0,1 und 0,3 Prozent im Jahr 2003 auf einen positiven Trend – das Zusammengehen der Schere – zurückzuführen ist. Der Bericht, den das Wirtschaftsinstitut in Halle herausgegeben hat und in dem für 2004 im Westen ein Wachstum von 1,8 Prozent und im Osten von 1,6 Prozent prognostiziert wurde, widerlegt die in Ihrem Bericht getroffene Feststellung.

Herr Minister Stolpe, aus welcher Stelle Ihres Berichts ziehen Sie denn den Schluss, dass sich die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland tatsächlich schließt, dass es also einen positiven Trend gibt? Wie bewerten Sie die Erfolge der in Ihrem Bericht aufgeführten Instrumente zur wirtschaftlichen Förderung des produzierenden Gewerbes? Wenn ich mir anschau, was tatsächlich im Bereich der öffentlichen Finanzierung geschehen ist und welche Leistungen die Privatbanken dort erbringen, dann muss ich sagen, dass wir uns mit diesem Trend nicht einverstanden erklären. Was unternimmt die KfW, um kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern und Mezzaninkredite auszureichen? Mir ist kein einziger konkreter Fall bekannt.

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Zwischen uns herrscht in der Tat völlige Übereinstimmung im Hinblick auf die Bedeutung der Infrastruktur. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das hier noch einmal hervorheben; denn ich ärgere mich immer maßlos, wenn gesagt wird, wir bräuchten in Ostdeutschland eigentlich keine zusätzliche Förderung mehr und es sei schade um das Geld, das dort für Beton ausgegeben werde. Tatsächlich gibt es unendlich viele Beispiele, die zeigen, dass erst durch eine vernünftige Infrastruktur Entwicklungen möglich geworden sind.

Das verarbeitende Gewerbe wird der Schlüssel für die weitere Entwicklung sein. Nur in diesem Bereich können wir große Durchbrüche hinsichtlich des Abbaus der Arbeitslosigkeit erwarten. Wenn ich aber die Zahlen, die Sie genannt haben, mit denen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle vergleiche, dann stelle ich Unterschiede fest. Das kann ich im Moment nur so erklären, dass das Institut für Wirtschaftsforschung Halle bei den Zahlen betreffend die gesamtwirtschaftliche Entwicklung die Daten bezüglich der Bauwirtschaft berücksichtigt hat. Dadurch fallen die Ergebnisse natürlich schlechter aus. Unsere Zahlen – auf diese kann ich mich eigentlich verlassen – weisen für das Jahr 2003 ein Wachstum von 5,7 Prozent im verarbeitenden Gewerbe der fünf neuen Länder aus, und zwar ohne Berücksichtigung der Bauwirtschaft. Das entspricht dem Trend, den wir sonst beobachten. Das Wachstum könnte sicherlich noch höher liegen, wenn es uns gelänge, die Mittelstandsbank voll zu aktivieren. Ich habe die Freude, vor mir einen wichtigen Vertreter des Bundesfinanzministeriums sitzen zu haben. Er wird uns sicherlich dabei unterstützen, dafür zu sorgen, dass die KfW mithilfe der Hausbanken noch mehr Geld ausgeben wird. Ich glaube, es gibt Tausende Unternehmer im Osten Deutschlands, die – gemäß der Auftragslage und nicht ins Blaue hinein – mehr machen könnten, wenn die Eigenkapitalbasis gestärkt würde.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das heftige Nicken des Staatssekretärs Diller erübrigt sicherlich eine Reihe von Nachfragen.

Nun stellt die Kollegin Dr. Löttsch die nächste Frage.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister Stolpe, in der vergangenen Woche hat Bundespräsident Köhler mit seiner Aufforderung an die Ostdeutschen, flexibler und mobiler zu sein, für viel Aufregung und Widerspruch gesorgt. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie fragen, ob die Bundesregierung meine Auffassung teilt, dass die Ostdeutschen bereits sehr mobil sind, und ob die Bundesregierung einen Überblick darüber hat, wie viele Menschen seit 1990 Ostdeutschland wegen eines Arbeitsplatzes verlassen haben und wie viele Menschen in Ostdeutschland wegen eines Arbeitsplatzes pendeln.

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Frau Abgeordnete, es steht außer Zweifel, dass Mobilität und Flexibilität in Ostdeutschland hoch sind. Ich habe den Bundespräsidenten auch nicht so verstanden, dass er das in Abrede stellt, sondern so, dass er davon ausgeht, dass mit mehr Flexibilität und entsprechender Mobilität die Möglichkeiten stärker genutzt werden können. Seine Einschätzung der differenzierten und unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Regionen teilen wir gänzlich.

Nach der momentanen Datenlage sind über 1 Million Menschen wegen eines Arbeitsplatzes aus Ostdeutschland abgewandert. Das bedeutet, dass es in einigen Regionen Ostdeutschlands einen erheblichen Bevölkerungsrückgang gibt. Allein die Zahl der täglichen Pendler liegt zwischen 300 000 und 400 000. Die Zahl der Wochenpendler, also derjenigen, die ihren Wohnsitz in ostdeutschen Regionen haben und die die Woche über zur Arbeit pendeln, um dann in ihre Heimat zurückzukehren, ist darin noch nicht eingerechnet. Flexibilität und Mobilität sind also in Ostdeutschland vorhanden.

Außerdem ist die Bereitschaft, umzulernen, in Ostdeutschland erstaunlich groß. Das sieht man schon an der Tatsache, dass über 80 Prozent derjenigen, die im Osten Deutschlands in einem Beschäftigungsverhältnis sind, nicht mehr das machen, was sie 1990 gemacht haben. Über 80 Prozent haben sich also auf zum Teil völlig neue Berufe eingestellt. Man muss mit großem Respekt anerkennen, mit welchem Mut Menschen etwas angepackt haben. Sie haben sich Gott sei Dank nicht unterkriegen lassen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Frage, Herr Kollege Nitzsche.

Henry Nitzsche (CDU/CSU):

Herr Minister, der Stadtumbau Ost spielt bei der Umstrukturierung unserer großen Städte in den neuen Bundesländern eine wichtige Rolle. Zu dieser Umstrukturierung gehören unzweifelhaft der Rückbau nicht mehr benötigten Wohnraums und damit die Altschuldenhilfeentlastung von existenzgefährdeten Unternehmen.

Im Rahmen der Altschuldenhilfeentlastung ist die Bereitstellung von Entlastung schaffenden finanziellen Mitteln geboten. Nach Auskunft der KfW waren die zur Verfügung stehenden Kassenmittel – ihre Höhe liegt in diesem Jahr bei 102 Millionen Euro – Mitte August allerdings hoffnungslos ausgeschöpft. Mitte August konnten 24 Anträge, in denen ersucht wurde, Mittel in Höhe von insgesamt 13 Millionen Euro bereitzustellen, nicht mehr bedient werden. Auch im vierten Quartal ist – wie jedes Jahr – damit zu rechnen, dass zusätzliche Mittel beantragt werden. Allein in Brandenburg und Sachsen wird ein Entlastungsvolumen von 35 Millionen Euro bis 40 Millionen Euro erwartet. Wie geht die Regierung damit um, dass die Kassenmittel derzeit nicht ausreichen, um die Altschuldenhilfeentlastung zu gewähren?

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Es ist uns im Großen und Ganzen gelungen, die Finanzen dort zu stabilisieren. Herr Abgeordneter, Sie wissen, dass wir noch vor wenigen Monaten vor einer geradezu katastrophalen Situation standen. Mittlerweile hat eine Aufbesserung stattgefunden. Die vorliegenden Zahlen – ich kann aus dem Stegreif nicht bestätigen, ob die von Ihnen genannten Zahlen die vor uns liegende Finanzierungslücke beschreiben – zeigen aber, dass es einen dringenden Bedarf gibt. Ich bin davon überzeugt, dass wir die große Aufgabe des Stadtumbaus, also der Stabilisierung von Städten – darum geht es im Grunde genommen –, nur bewältigen können, wenn wir den mit der Altschuldenhilfe eingeschlagenen Weg fortsetzen und wenn wir die mit den Krediten, die sonst durch die KfW gewährt werden, verbundenen Möglichkeiten – bis hin zur Erfüllung von Modernisierungs- und Sanierungsaufgaben – nutzen.

Ich glaube, dass eine der wichtigen politischen – keineswegs nur wohnungspolitischen – Aufgaben des Bundes und der Länder darin besteht, Sorge zu tragen, dass das, was wir haben, so eingesetzt werden kann, dass wir die Aufgabe, Städte lebenswert zu erhalten, bewältigen können. Sie wissen vielleicht, dass ich auf dieser Strecke seit über zehn Jahren unterwegs bin. Ich sehe, was wir erreichen können, wenn wir ausreichend Mittel zur Verfügung haben und wenn die örtlichen Aktivitäten unterstützt werden können.

Gerade bei diesem Thema konnte man erleben – Herr Präsident, gestatten Sie mir bitte noch diesen einen Satz –, wie wichtig es ist, dass die örtlichen Akteure zusammenarbeiten. Wenn sie sich einig sind, dann müssen wir Wege finden, um das zu unterstützen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Türk, bitte.

Jürgen Türk (FDP):

Herr Minister, Sie sprachen davon, dass auch in strukturschwachen Regionen Chancen gesucht und vor allen Dingen genutzt werden sollten. Zu den strukturschwachen Regionen gehören zweifellos die Grenzregionen. Sie sind „superstrukturschwache“ Regionen. Ist die Bundesregierung bereit, von den Ländern vorgelegte

Grenzlandkonzepte zu unterstützen? Würden Sie dabei – ich hebe da auf die Freiräume ab – Vorschläge der Dohnanyi-Gruppe berücksichtigen?

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Abgeordneter, die Regionen an der Grenze zu den osteuropäischen Nachbarn sind in der Tat – wenn auch nicht durchgängig – Problemregionen. In diesen Regionen ist die Arbeitslosigkeit hoch und die wirtschaftliche Entwicklung greift dort nur schwer. Wir stehen den von den Ländern gesuchten und entwickelten Möglichkeiten zur Verbesserung sehr offen gegenüber.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass bei einer stärkeren Inanspruchnahme der Infrastrukturmittel seitens der Länder in diesem Bereich noch mehr gemacht wird. Wir sind in dieser Hinsicht sehr aufgeschlossen. Wenn es sich um gezielte Projekte handelt, bei denen Maßnahmen unsererseits greifen können, dann werden sich die Förderministerien des Bundes daran sicherlich beteiligen. Wir können den Osten Deutschlands an seinen Rändern nicht verkommen lassen.

Zu den Vorschlägen von Herrn Dohnanyi kann ich nur sagen: Ich habe mit ihm heute früh noch einmal gesprochen. Wir gehen sie noch einmal durch. Seine Vorschläge enthalten eine Reihe von Punkten, bei denen wir übereinstimmen. Es gibt eigentlich nur relativ wenige Punkte, bei denen wir nicht übereinstimmen. Ein Punkt ist folgender: Er meint, eine Verbesserung der Infrastruktur sei hier im Osten gar nicht mehr nötig; das sei alles schon bestens. Das trifft nicht so ganz zu. Denken Sie an das Konzept LEILA – das müssen wir noch realisieren –, an die A 14 und Ähnliches! Ein anderer Punkt ist: Er konnte bisher kein weites Herz für die schwachen Regionen entwickeln. Er sagt: Wenn ihr die positiven Entwicklungen richtig stärkt, dann kommt der Rest von allein.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kretschmer.

Michael Kretschmer (CDU/CSU):

Herr Bundesminister, Sie haben gerade einen wunden Punkt angesprochen, nämlich Ihren Auftritt in der Pressekonferenz. Dort haben Sie gesagt, Sie müssten sich jetzt erst einmal die Vorschläge von Herrn von Dohnanyi und von Herrn Milbradt anschauen. Da fragen wir uns natürlich schon ernsthaft: Was haben Sie in den letzten Wochen und Monaten bezüglich dieses Themas gemacht?

Sie sprechen von einer Wachstumsrate von 5,7 Prozent in der verarbeitenden Industrie. Das ist mehr als in den alten Bundesländern. In dieser Branche arbeiten nach Ihrer Statistik aber gerade mal 633 000 Menschen von insgesamt ungefähr 5,6 Millionen Menschen. Wenn Sie das zu dem ins Verhältnis setzen, was Sie selbst angesprochen haben – 300 000 bis 400 000 Tagespendler –, dann wird die Brisanz deutlich. Die Frage ist also: Setzen wir weiterhin bei der verarbeitenden Industrie an und, wenn ja, mit welchen Instrumenten?

Ihrer Rede habe ich entnommen, dass Sie den Ländern die Verantwortung für den Solidarpakt abnehmen wollen. Neue Instrumente aber haben Sie nicht erwähnt. Deswegen noch einmal die Frage: Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass erstens die Mittel für die GA erhöht werden und dass zweitens Ausnahmeregelungen für die neuen Bundesländer – ich nenne Verwaltungsvorschriften und das Umweltrecht im Speziellen – geschaffen werden, um die neuen Bundesländer für Unternehmen attraktiv zu machen?

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Präsident, das war ein Feuerwerk von Fragen. Ich werde das alles nicht in einer Minute beantworten können. Ich bitte daher um Nachsicht, wenn ich darauf etwas ausführlicher eingehe.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten keineswegs geschlafen, Herr Abgeordneter. Wir waren aber durch die Tatsache, dass in drei bedeutenden Bundesländern Landtagswahlen anstanden, etwas gehandicapt. Da war die Bereitschaft, über Prioritätensetzung zu sprechen, nicht sonderlich ausgeprägt. Auch Partner in den Ländern, die sich noch vor einem halben Jahr deutlich für die Prioritätensetzung auf Wachstumskerne ausgesprochen haben, haben – ich habe viel Verständnis dafür – offenbar etwas Rücksicht auf Regionen genommen, die das sehr schnell missverstehen könnten. Wir werden die Gespräche wieder aufnehmen bzw. fortführen. Mit den Ländern sind wir bereits im Gespräch und werden das fortsetzen. Da habe ich keine Sorge. Auch was an anderen Initiativen und Ratschlägen kommt, wird von uns ernst genommen.

Ich habe dabei die Vorstellung, dass man die Dinge ein bisschen parallel fahren muss, das heißt die Grundsatzdebatten führen – wo setzt man die Prioritäten und wie kommt man vernünftig voran? – und parallel dazu das praktische Handeln vorantreiben muss. Das praktische Handeln hat natürlich viel mit den Fragen zu tun: Wie kann man mittelständische Unternehmen unterstützen? Wie kann man dafür sorgen, dass deren Eigenkapitalbasis gestärkt wird? Wie kann man – das war auch eine Ihrer Fragen – Bestimmungen vereinfachen?

Im Baurecht haben wir gemeinsam, nämlich durch Beschlussfassung des Bundestages, eine spürbare Verbesserung erreicht. Das ist ein wichtiger Faktor.

Sonderzonen halte ich nicht für sehr sinnvoll. Man kann das hier jetzt leider nicht ausdiskutieren. Ich glaube aber nicht, dass wir das durchsetzen könnten. Wir würden in Brüssel Schwierigkeiten bekommen. Wir haben eine Reihe von Instrumenten, mit denen wir etwas bewegen können. Mir sind bisher kaum Fälle bekannt geworden, bei denen etwas gestaltet werden sollte und bei denen wir aufgrund unserer – beschränkten – Möglichkeiten, einschließlich der finanziellen Möglichkeiten, Hilfe versagen mussten.

Wir haben durchgesetzt, dass die GA weitergeführt wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie, wenn ein entsprechender Bedarf besteht, auch in Zukunft weitergeführt wird, weil sie Möglichkeiten bietet, mit denen man vor Ort richtig etwas entwickeln kann.

Bei der Verbesserung der Situation im verarbeitenden Gewerbe spielt immer auch ein Modernisierungsprozess eine große Rolle. Jemand, der erweitert oder neu anfängt, ist bemüht, modernste Technologie einzusetzen, und hat damit einen relativ geringen Bedarf an Arbeitskräften. Das ist ein Zusammenhang, unter dem wir alle leiden. Wenn vor Ort etwas aufblüht, dann freut man sich darüber, muss aber leider feststellen, dass sich die Zahl der Arbeitslosen in der Umgebung kaum verändert.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich habe mir die Wortmeldungen der Kollegin Pau sowie der Kollegen Scheffler und Vogel notiert. Die würde ich gern auch noch aufrufen. Ich bitte aber um knappe Fragen und möglichst knappe Antworten. Danach werden wir die Zeit sicherlich zumindest ausgeschöpft haben.

Frau Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Minister Stolpe, Sie sagten in Ihrer kurzen Einführung, dass sich das Kabinett auch mit Schlussfolgerungen aus den aktuellen Debatten und Auseinandersetzungen der letzten Wochen und Monate befasst hat, und erwähnten in dem Zusammenhang auch den Wahlsonntag vom vergangenen Wochenende. Mich würde schon interessieren, um welche Schlussfolgerungen es sich handelt, da Sie hierzu vorhin nichts ausgeführt haben.

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Frau Abgeordnete, wir haben das Wahlergebnis sehr ernst diskutiert; auch ich persönlich nehme das außerordentlich ernst und tröste mich nicht damit, dass es sich nur um einige Procente handelt und große Mehrheiten anders denken und zur Stabilisierung des demokratischen Rechtsstaates beitragen. Die Ergebnisse, die Nazis sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg erzielt haben, wenn auch in gewissen Nuancen unterschieden, müssen uns sehr wachsam werden lassen und fordern uns auch heraus. Mit „uns“ meine ich die gesamte demokratische Öffentlichkeit, die Gesellschaft und selbstverständlich auch Bund, Länder und Kommunen.

Ich kann hier nur aus eigenem Erleben sagen, dass es nicht viel Sinn macht, zu warten, bis sich die Situation irgendwann einmal bessert, und an gewisse Wellenbewegungen zu glauben, die sich auch in westdeutschen Ländern schon gezeigt hätten. Es ist ja nicht so, dass Neonazis jetzt erstmalig in Sachsen und Brandenburg solch alarmierende Wahlergebnisse erzielt haben; in der Beziehung waren andere ja schon schlechter dran. Man darf also nicht warten, bis sich das von alleine beruhigt.

Die Schlussfolgerung, die ich daraus ziehe, erwächst aus den Erfahrungen, die ich in den frühen 90er-Jahren in meinem damaligen Wahlkreis Cottbus gemacht habe. Es erinnert sich ja heute zum Glück keiner mehr so richtig daran, dass es damals Situationen gab, in denen man nachts nicht mehr auf die Straße gehen konnte, weil sich Nazis formierten und Autos abfackelten. Es gab aus meiner Sicht eigentlich nur zwei Rezepte, die auch ich beherzigt habe:

Das Erste ist: Wir müssen informieren, wir müssen uns damit auseinander setzen. Dafür brauchen wir die Schulen und eigentlich fast auch schon die Treppenhäuser. Hier müsste man die Leute zusammenholen und sie darauf aufmerksam machen. Bildung ist ein ganz wichtiger Faktor in dem Bereich. Hier kann man nicht sofort Erfolge erzielen, sondern man muss ganz kontinuierlich dranbleiben. Ich habe die Erfahrung gemacht, viele wissen gar nicht, was sie da vertreten. Sie wissen nicht, welch gewaltige Verbrechen der Unmenschlichkeit, ein wie schlimmer Völkermord unter den Flaggen der Nazis begangen wurden.

Das Zweite aber, was eigentlich genauso wichtig ist, ist, dass alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, um Jugendlichen Angebote zu Ausbildung, Arbeit, Praktika und Weiterbildungsmöglichkeiten zu machen. Diese Viererpalette, die das Haus Clement – ich freue mich, dass der Staatssekretär hier sitzt und das hört – entwickelt hat, stellt ja ein Garantieangebot an alle arbeitslosen Jugendlichen dar und sollte schnell praktiziert werden. Meine Beobachtung ist die, dass junge Leute, wenn sie eine entsprechende Tätigkeit vermittelt bekommen haben, in ganz anderer Weise eingebunden sind, als wenn sie sich in einem Rudel von freischaffenden Chaoten bewegen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Scheffler.

Siegfried Scheffler (SPD):

Herr Minister, wir beklagen ja gemeinsam die immer größer werdende Diskrepanz zwischen der Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe und der in der Bauwirtschaft. Zumindest im Oktober, wenn wir den Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit hier im Hohen Hause debattieren, werden wir ja im Einzelnen darauf eingehen. Nun weiß ich wie wir alle, dass Sie in den vergangenen Monaten gemeinsam mit Minister Clement aktiv geworden sind. Ich denke hierbei an die Maßnahmen im Rahmen des Masterplans Bürokratieabbau. Könnten Sie sich vorstellen, zukünftig sowohl im Baurecht als auch insbesondere im Umweltrecht überflüssige Paragraphen zu entrümpeln? Denn wenn man sich im Detail ansieht, wie viele es sind, könnte man zu dem Schluss kommen, dass wir gerade in der Bauwirtschaft, bei den Handwerkern und Gewerbetreibenden bessere Ergebnisse erzielen, wenn wir in diesen von mir genannten Bereichen in den nächsten Jahren initiativ werden.

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Abgeordneter, wir haben in den Modellregionen Versuche in dieser Richtung gestartet. Wir sind dabei, die Ergebnisse auszuwerten. Wir brauchen dabei natürlich auch die praktischen Hinweise der Akteure vor Ort. Aber es zeichnet sich schon jetzt ab, dass es ein paar Klemmstellen gibt, und zwar sowohl in rechtlichen Bestimmungen als auch im Verhalten von Verwaltung.

Ich habe den Eindruck, dass Verwaltung zu flexiblem Verhalten ermuntert werden muss. Ich kenne viele Beispiele gerade aus Ostdeutschland, wo Verantwortliche in der Verwaltung – ob nun Beamte oder Angestellte – im Laufe der letzten Jahre die Bestimmungen fleißig gelernt haben und sich nun verpflichtet fühlen, sie unter Einsatz ihres Lebens anzuwenden. Hier kann den Ländern vielleicht durch eine Regelung auf Bundesebene etwas mehr Flexibilität vorgegeben werden. Zumindest muss in den Verwaltungen deutlich gemacht werden, dass Gesetzesanwendung nicht bedeutet, die Paragraphen bis zum Letzten durchzureiten, sondern dass es vielmehr Möglichkeiten flexibler Handhabung gibt.

In einigen Landkreisen und Ländern konnten Genehmigungsverfahren durch eine Begleitung der Investoren – seien sie aus dem Ausland oder jedenfalls von außerhalb, seien sie aus der Region – und durch eine Bündelung der verschiedenen Instanzen einschließlich der Umweltinstanzen wesentlich beschleunigt werden. Unlängst hat mir ein Landrat berichtet, dass in seiner Verwaltung nur noch sechs Wochen von der ersten deutlichen Erklärung eines Investors bis zur positiven Erledigung des Genehmigungsverfahrens vergehen.

Vielleicht muss man wirklich beides machen: auf der einen Seite in den Modellregionen nachschauen, wo wir die Gesetzgebung verbessern können, und auf der anderen Seite vor Ort zu Flexibilität ermuntern. Da ist viel mehr möglich, wenn in der Verwaltung nicht, wie das normalerweise praktiziert wird, immer eine Instanz nach der anderen arbeitet und dadurch die Sache erschwert.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Letzte Frage. Herr Kollege Vogel.

Volkmar Uwe Vogel (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Minister, Sie schreiben auf Seite 22 des Berichtes:

Zusätzlich hat sich der Bund verpflichtet, von 2005 bis 2019 – als Zielgröße – weitere 51,1 Mrd. _ in Form überproportionaler Leistungen in den neuen Ländern einzusetzen.

Das sind über 3 Milliarden Euro jährlich in den nächsten 15 Jahren. Können Sie uns mitteilen, in welcher Form – als Haushaltstitel oder als Verpflichtungsermächtigung – das im Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 enthalten ist? Wie sehen Sie das im Zusammenhang mit dem Einzelplan 12, der 2002 noch Ausgaben in Höhe von 26,5 Milliarden Euro vorsah und nach meiner Kenntnis im Haushaltsentwurf 2005 nur noch circa 23,5 Milliarden Euro vorsieht? Das ist ein Rückgang von über 10 Prozent.

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Herr Präsident, Sie erlauben, dass ich darauf antworte, auch wenn der Zeitrahmen strapaziert ist.

Ich will gerne auf die zweite Frage eingehen. Wir haben hier in der Tat mathematisch einen Rückgang. Das hängt auch mit der Verlagerung von Wohngeldverpflichtungen aus unserem Haushalt zu dem von Herrn Andres zusammen, der das Geld sicher bestens einsetzen wird. Das ist ein durchlaufender Posten und tut uns nicht weh. Wir haben aber auch Einbußen von mehreren hundert Millionen Euro, die mit den Beschlüssen über die Konsolidierung des Haushaltes und der Bezeichnung von Verkehrsinvestitionen als Subventionen zusammenhängen. Darunter leiden wir ein bisschen. Dennoch werden wir 2005 die Aufgaben im Großen und

Ganzen erfüllen können. Gott sei Dank haben Sie nicht das Thema Bahn angesprochen. Dann würde ich hier wahrscheinlich des Platzes verwiesen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Eine Ausweitung des Themas könnte ich jetzt nicht zulassen.

Dr. h. c. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Sie haben die Summe von circa 51 Milliarden Euro angesprochen. Das bezieht sich auf den Korb II beim Solidaripakt, den wir vor allem für wirtschafts- und entwicklungsfördernde Maßnahmen einsetzen sollen. Das wird der Bund in Absprache mit den Ländern tun. Wir haben für das Jahr 2005 bereits über 5 Milliarden Euro eingeplant, aber nicht kompakt an einem Punkt, sondern über mehrere Ressorts verteilt. Ich denke, wir würden gut daran tun, das einmal zugänglich zu machen, sodass man sehen kann, wie das läuft. Das ist mehr als der durchschnittliche Betrag, der – Sie haben es einmal durchgerechnet – zwischen 3 und 4 Milliarden Euro pro anno liegt. Wir sind der Meinung, dass man in den nächsten Jahren möglichst viele sinnvolle Projekte unterstützen muss, damit Bewegung in den Aufbau Ost kommt.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Vielen Dank. – Weitere Fragen zu anderen Themenbereichen der heutigen Kabinettsitzung oder sonstige Fragen an die Bundesregierung sind mir nicht angezeigt worden. Ich schließe damit die Regierungsbefragung.